

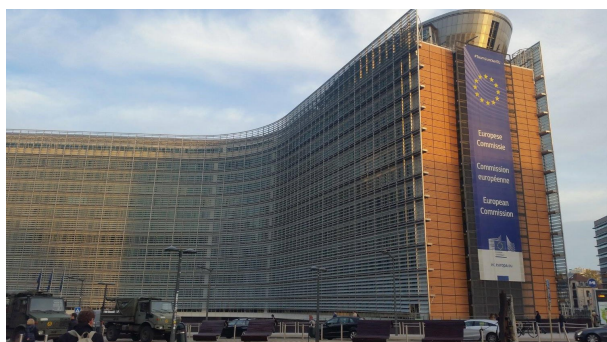
Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**25. November
2020**

1. EU-Kommission muss Trickbetrug zu Lasten der Steuerzahler*innen unterbinden
2. Wir präsentieren die Tiere des vom Tagebau bedrohten Waldes auf Instagram
3. Lausitzer für Online-Umfrage zum Kohleausstieg gesucht
4. Danke für die Unterstützung von Birgit!
5. Trotz Landtagsbeschluss weigert sich die Staatskanzlei die Förderung der Zivilgesellschaft im Strukturwandel umzusetzen

1. EU-Kommission muss Trickbetrug zu Lasten der Steuerzahler*innen unterbinden



25.11.2020. Die GRÜNE LIGA sieht durch die angekündigte Prüfverfahren der EU-Kommission ihre Kritik an den Milliardenentschädigungen für Braunkohlekonzerne bestätigt. Wie die Kommission heute bekanntgab „wird in dieser Sache voraussichtlich die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens gerechtfertigt sein.“ Dieses findet nur für strittige Fälle statt, während die Zahlungen an Steinkohlekraftwerke heute genehmigt wurden.

GRÜNEN LIGA: „Dass die Milliarden-Zahlungen an die Braunkohlebetreiber die EU-Kommission nicht überzeugt haben, war absehbar. Wer aus Steuergeld Entschädigungen zahlt, muss zuerst die Höhe des Schadens ermitteln, denn jede zu hohe Zahlung ist eine Wettbewerbsverzerrung. Statt sich an diese Selbstverständlichkeit zu halten, hat die Bundesregierung die Höhe der Zahlungen ganz bewusst nicht transparent hergeleitet, um den Braunkohlekonzerne die Zustimmung zu erleichtern.

Mit Blick auf die zwei privaten Eigentümer des Lausitzer Kraftwerksbetreibers LEAG kommentiert Schuster: „Es bleibt zu hoffen, dass die EU-Kommission auch endgültig jeden Trickbetrug zu Lasten der Steuerzahler*innen unterbindet.“

Das Vorgehen der LEAG, eine längere Laufzeit des Kraftwerks Jänschwalde zu behaupten, um sich diese dann vom Steuerzahler abkaufen zu lassen, erweckt den Eindruck eines milliarden schweren Trickbetrugs. Bis zum Verkauf durch Vattenfall war die Außerbetriebnahme des Kraftwerks ganz offiziell „Ende der 2020er Jahre“ vorgesehen. Die LEAG als neuer Eigentümer behauptete in ihrem sogenannten Revierkonzept (im Zeitraum März 2017 bis Januar 2020), das Kraftwerk bis nach 2030 betreiben zu wollen und soll deshalb jetzt für eine Außerbetriebnahme bis zum Jahr 2028 mit

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Milliarden entschädigt werden. Dabei ist das „Revierkonzept“ eine reine Sammlung behaupteter Unternehmensabsichten, die niemand außerhalb der LEAG selbst geprüft oder gar genehmigt hat.

Bereits kurz nach Bekanntwerden der Einigung zwischen Bundesregierung und KohleKonzernen im Januar 2020 hatte der SPIEGEL enthüllt, dass die bei diesem Ausstiegspfad abzubauen Kohlemenge sich praktisch nicht von einer schon 2016 verfolgten Unternehmensplanung („Szenario 1A“) unterscheidet. Geringere Kohleverbräuche als damals geplant sind praktisch nicht durch das Kohleausstiegsgesetz bedingt, sondern durch Entwicklungen am Energiemarkt wie Stromverbrauch, CO₂- und Erdgaspreise.

Hintergründe:

Zum förmliches Prüfverfahren nur für strittige Fälle auf der [Seite der EU-Kommission](#):

„Die Kommission genehmigt rund 85 % aller gemeldeten Beihilfen bereits nach einer ersten Prüfung. Wird in strittigen Fällen ein förmliches Prüfverfahren erforderlich, wird dies im Amtsblatt der EU sowie im online verfügbaren Register staatlicher Beihilfen. der Kommission angekündigt. Dies gibt interessierten Dritten die Gelegenheit, sich zu dem Fall zu äußern. Die Kommission bezieht daraufhin sämtliche Aspekte in ihr abschließendes Urteil ein.“

[Spiegel-Enthüllung zur Vattenfall/LEAG-Businessplanung von 2016 vom 24. Januar 2020](#)

Zur schon vor 2017 geplanten Laufzeit des Kraftwerks Jänschwalde:

„Vattenfall selbst gibt an, dass das Kraftwerk Jänschwalde ab Mitte der 2020er Jahre schrittweise auslaufen werde.“ - [Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd](#), Begründung zu Ziel 1

2. Wir präsentieren die Tiere des vom Tagebau bedrohten Waldes auf Instagram Bilder der Wildkamera erscheinen jetzt regelmäßig im Netz



Die Umweltgruppe Cottbus der GRÜNEN LIGA nutzt die Zeit des Teil-Lockdowns und zeigt beim Bilderdienst Instagram Tiere des Waldes auf ihrem vom Braunkohletagebau Nochten bedrohten Grundstück.

„Wir haben für die tierischen Bewohner unseres vom Tagebau bedrohten Waldes einen Instagram-Account eingerichtet. Mit Bildern einer Wildkamera machen wir den Wald auch dann erlebbar, wenn wir kaum Veranstaltungen vor Ort anbieten können.“ erklärt Rebekka Schwarzbach von der Umweltgruppe Cottbus. Von den ersten Bildern ist sie beeindruckt: „Zuerst haben wir Tierspuren entdeckt, dann eine Gruppe weißes Damwild. So kamen wir auf die Idee

eine Wildkamera aufzustellen. Es ist unglaublich, wie viele Tiere sich im Wald und auf der Lichtung tummeln. Die Möglichkeit in den sozialen Medien Werbung für ihren Lebensraum zu machen, nehmen die Tiere offensichtlich gerne an.“

In den nächsten Wochen werden die Tierfotos regelmäßig auf dem [Instagram-Account umweltgruppecottbus](#) online präsentiert:

Den Wald mit einer kleinen Lichtung, den die ortsansässigen Eigentümer nicht den Braunkohleförderer LEAG zur Abbaggerung überlassen wollen, hat die Umweltgruppe Cottbus bis 2037 zur Nutzung übertragen bekommen. Hier finden seit fast einem Jahr Bildungs- und

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Kulturveranstaltungen, Waldumbau und Naturschutzmaßnahmen statt. Der Erhalt des Waldes würde auch helfen, die benachbarten Dörfer vor Staub und Lärm aus dem Tagebau zu schützen. Das Grundstück befindet sich mitten im Tagebaufeld Nochten I, etwa ab dem Jahr 2024 plant der Bergbaubetreiber LEAG hier zu baggern. Doch dazu müsste ein Verfahren zur Grundabtretung geführt werden, weil Eigentümer wie Pächter den Wald nicht hergeben wollen. Ob solche Enteignungen für Kohletagebaue noch durchsetzbar sind, wird inzwischen bundesweit bezweifelt. Unter den Titel „Unverkäuflich“ informiert die GRÜNE LIGA über Aktivitäten rund um das gepachtete Grundstück, so wurde im September bereits in Dresden eine Fotoausstellung über die Region gezeigt. (Pressemitteilung vom 17.11.2020)

3. Lausitzer für Online-Umfrage zum Kohleausstieg gesucht

Mit Hilfe der [„Lausitzer Rundschau“](#) sucht eine Masterstudentin der Technischen Universität in Darmstadt nach Lausitzer Teilnehmern für eine Online-Befragung. Dabei geht es darum, wie die Menschen in der Lausitz über den Kohleausstieg denken.

Allerdings wird ein kohlefreundliches Befragungsergebnis im Rundschau-Artikel schon vorab regelrecht herbeigeredet: „Während in weiten Teilen Deutschlands die Maßnahme zum Kohleausstieg überwiegend akzeptiert würden, nachvollziehbar und unumstritten seien, sähe es in den betroffenen Revieren mutmaßlich nicht so aus.“ Bei dieser Art der Ankündigung wäre es sicher gut, wenn die kohlekritischen Lausitzer in unserem Rundbrief-Verteiler ebenfalls an der Umfrage teilnehmen.

Die Beantwortung der Fragen ist bis zum 31. November möglich und dauert etwa zehn Minuten. Alle Angaben sind anonym, die Auswertung wird den Teilnehmern bei Interesse zugeschickt.

<https://www.soscisurvey.de/energiepolitik/>

4. Danke für die Unterstützung von Birgit!

Im Rundbrief vom 22. September hatten wir dazu aufgerufen, [Birgit als Vorkämpferin für die Rechte Tagebaubetroffener dabei zu unterstützen](#), die Rechtswidrigkeit der Enteignung ihres Waldgrundstückes feststellen zu lassen. Und obwohl keine steuerliche Abzugsfähigkeit winkte, kamen die akut benötigten 2661 Euro in kurzer Zeit zusammen. Birgit war von der Unterstützung überwältigt und möchte sich bei allem Spenderinnen und Spendern sehr herzlich bedanken.

Hier der aktuelle Stand: Das Verwaltungsgericht Cottbus hat im Anschluss an die Verhandlung am 29. Oktober nur die Zulässigkeit der Klage bestätigt, die vom Bergamt und der LEAG überraschend in Frage gestellt worden war. Das Verwaltungsgericht muss sich nun eingehend mit der Frage auseinandersetzen, ob die Enteignung von Birgits Grundstück im ehemaligen Lacomaer Teichgebiet und dessen Zerstörung rechtswidrig war. Diese Themen („Begründetheit“ der Klage) sollen in einer erneuten Verhandlung im März 2021 diskutiert werden. Das ist für Birgit einerseits ein Teilerfolg, nachdem LEAG und Bergamt Ihr das Recht absprechen wollten, überhaupt die Rechtmäßigkeit der Enteignung prüfen zu lassen. Andererseits bringt ein neuer Verhandlungstermin wieder zusätzlichen Aufwand und Kosten mit sich. Die Möglichkeit, Birgit mit einer Spende zu unterstützen, besteht deshalb auch weiterhin:

Philipp-Gerlach & Tessmer Rechtsanwälte

Kennwort „Birgit“

GLS Gemeinschaftsbank eG Frankfurt/Main

IBAN: DE60 4306 0967 8022 8160 00

BIC: GENODEM1GLS

5. Trotz Landtagsbeschluss weigert sich die Staatskanzlei die Förderung der Zivilgesellschaft im Strukturwandel umzusetzen

Cottbus, 11.11.2020. Trotz eindeutigem Landtagsbeschluss verzögert die SPD-geführte Brandenburger Staatskanzlei die Förderung der Zivilgesellschaft im Strukturwandel weiter. Zudem soll die Schaffung des Teilhabefonds womöglich an die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH ausgelagert

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

werden. Ein gesellschaftlicher Beirat zur Mittelvergabe wird überhaupt nicht mehr erwähnt. Dass geht aus einer aktuellen Antwort der Chefin der Staatskanzlei Kathrin Schneider (SPD) auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion hervor: „Durch die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) und die Einrichtung von Werkstattprozessen wurde ein Anlaufpunkt in der Region für Projektideen aus der Region geschaffen. In diesem Zuge wird auch ein Teilhabefonds zu diskutieren sein“, erklärt Ministerin Schneider darin.

Die GRÜNE LIGA - Umweltgruppe Cottbus (UGC) kritisiert die Ankündigung: „Die Beteiligung der Zivilgesellschaft als Anhängsel der Wirtschaft zu degradieren, wird der Aufgabe nicht gerecht“, sagt Dr. Martin Kühne, Vorstand der UGC: „Die Schaffung eines eigenen Beirates und eines Fonds für die Zivilgesellschaft ist auch nicht mehr zu diskutieren, wie Ministerin Schneider ankündigte, sondern umzusetzen. Der Koalitionsvertrag und der Landtagsbeschluss sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache, an die sich auch eine Landesregierung halten muss“, mahnt Kühne in Richtung Staatskanzlei: „Das Verfahren auch noch einem Unternehmen überlassen zu wollen, in dem das Land Brandenburg noch nicht einmal Anteilseigner ist, könnte man als Missachtung der Zivilgesellschaft ansehen“.

Die UGC weist weiter darauf hin, dass der am 22. Oktober konstituierte Begleitausschuss des Landes zum Strukturwandel nicht den Beirat zur demokratische Mittelvergabe für den Teilhabefonds „Zivilgesellschaft“ ersetzen kann. „Laut der Geschäftsordnung sollen wir uns in dem Ausschuss lediglich mit der Umsetzung des von der Staatskanzlei vorgegebenen Lausitzprogrammes 2038 befassen, nicht mit der Mittelvergabe für die Zivilgesellschaft“, erläutert Birgit Jeschke, die die UGC im Begleitausschuss des Landes zum Strukturwandel vertritt.

[Antwort auf die Anfrage](#)

[Beschluss des Landtages](#)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0151) 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--